

Bezugspreis:
Vierteljährlich 3,00 M., monatlich 1,00 M.,
frei ins Haus, voraus zahlbar. Folge-
bezug: Monatlich 1,00 M., einjährig 10,00 M.,
Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für
Deutschland, Dänzig, das Saar- und
Weimarer Gebiet, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich,
Ungarn und Rumänien 12,00 M., für
das übrige Ausland 17,00 M. Post-
bestellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschechoslowakei, Dän-
mark, Holland, Rumänien, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Voll und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimweh“ und der
Beilage „Bildung und Meinungen“
erscheint wöchentlich zweimal, Son-
tags und Montags einmal.
Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

NO Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Redaktion Moritzplatz 151 95-97
Expedition Moritzplatz 117 53-54

Freitag, den 3. Juni 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Moritzplatz 117 53-54

Anzeigenpreis:
Die schillinghaltigen Konvoluten
kosten 1,50 M. „Kleines Anzeigen-
blatt“ das festgedruckte Wort 1,50 M. (zu-
lässig zwei festgedruckte Worte), jedes
weitere Wort 1,- M. Stellenanzeigen
und Stellenanzeigen das erste
Wort 1,- M., jedes weitere Wort
50 Hg. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten Seite 2.- M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leitungsgeldes.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 6 Uhr nachmittags im
Vorausgeschickt werden. Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgeben werden. Schluß-
frist 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Entwaffnung und Auflösung!

Paris, 3. Juni. (E.E.) Anlässlich des Abschiedsbesuches, den
gestern der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation, Mullius,
Briand abstellte, erklärte er, daß die deutsche Regierung die ernsteste
Absicht habe, die Entwaffnung der Einwohnerwehr durchzuführen.
Briand antwortete, daß sich die französische Regierung an den
Buchstaben des Ultimatums halte und daß die Alliierten gleich-
zeitig die Entwaffnung und Auflösung der Einwohner-
wehr forderten.

Gestern wurde auch der deutsche Botschafter Dr. Mager von
Briand empfangen. Auch er teilte dem französischen Ministerpräsi-
denten mit, wie ernst es der deutschen Regierung mit der Erfüllung
der von ihr eingegangenen Verpflichtungen sei. Er erhielt dieselbe
läsige Antwort wie Herr von Mullius.

Neuorientierung der französischen Politik?

Paris, 3. Juni. (W.T.B.) „Chicago Tribune“ veröffentlicht
heute morgen einen vom Quai d'Orsay offensichtlich inspirierten
Artikel, der auf eine Neuorientierung der französischen Politik gegen-
über England und Deutschland hinweist. Das Blatt schreibt, daß
zwischen Frankreich und Deutschland der Friedenszustand immer nur
die Ruhe zwischen zwei Kriegen sei. Die Deutschen
seien durch die Geburtsziffern bereits stärker als die Franzosen, die
nun auch noch ihren großen Alliierten, Rußland, verlieren haben.
Die englische Politik in Kontinentaleuropa könne in zehn
oder zwanzig Jahren eine Aenderung erfahren. Zur Zeit Napo-
leons III. schreibt das Blatt, war England mit Bismarck, zur Zeit
Wilhelms II. war es mit Frankreich. Die Entente kann fortbestehen,
aber die Franzosen können nicht mit Sicherheit auf sie zählen.
Gegenüber Deutschland jedoch sei Frankreich ungeschützt. Deshalb
müsse auch Marshall Foch den Rhein als Grenze haben, und des-
halb sei auch der Allianzvertrag zwischen Frankreich und England
geschlossen worden. Wenn nun auch die Vereinigten Staa-
ten mit Frankreich durch Vermittlung Englands ein Abkommen
schließen würden, wonach sie im Falle eines deutschen Angriffes
Hilfe leisten müßten, dann würde Frankreich seine Ansprüche gegen-
über Deutschland abändern. Es würde zwar nicht auf die Repara-
tionsforderungen verzichten, aber es würde doch jene Forderungen
fallen lassen, deren Zweck dahingehet, Deutschland in einem gewissen
Zustand der Schwäche zu halten.

Der heutige Beiratsartikel des „Temps“ gibt ebenfalls dem Ge-
danken Ausdruck, daß eine Erleichterung der europäischen Lage da-
durch herbeigeführt werde, daß England und Amerika Frankreich
Versprechen gäben, es im Falle eines deutschen Angriffes militärisch
zu unterstützen.

London, 3. Juni. (W.T.B.) Der Pariser Berichterstatter der
„Westminster Gazette“ schreibt im Anschluß einerseits an die
Bemerkung Lloyd Georges über „neue Freundschaften“ und anderer-
seits an die Erklärung des Pariser „Temps“, daß eine kontinentale
Politik eines der Systeme sei, die Frankreich wästen könne, es sei
durchaus unwahrscheinlich, daß man eine Art von Wei-
rennen zwischen England und Frankreich, um sich mit Deutschland
zu vereinigen, erleben werde. Die diesbezüglichen Bemerkungen,
die man auf beiden Seiten des Kanals gehört habe, seien absurd.

Die Krise in Oesterreich.

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Mayr hat zu
einem verzweifelten Mittel gegriffen, um seine wankende Re-
gierungsautorität in letzter Stunde doch noch zu befestigen und
um den steirischen Landtag, der am 3. Juli unter allen Um-
ständen eine „private“ Anschlussabstimmung nach dem Muster
Tirol und Salzburg veranstalten will, von seinem Vorhaben
abzubringen. Er hat den Inhalt einer Unterredung des
Berliner Geschäftsträgers Post mit dem deut-
schen Reichskanzler bekanntgegeben, in deren Verlauf
Dr. Birth geäußert haben soll, daß man in Oesterreich doch bei
den Anschlussabstimmungen einige Rücksicht auf die Lage des
Deutschen Reiches nehmen und in Hinblick auf die Gefahren,
die in Oesterreich sowie am Rhein drohen, die Fortsetzung
der zweifellos überwältigenden Rundgebungen einstweilen ver-
zagen sollte.

Natürlich ist sofort der Dementierapparat in Be-
wegung gekommen, denn wie immer auch die Neußerung Dr.
Births gelaunt haben mag, so ist sie jedenfalls von der öster-
reichischen Regierung in ungeschickter Weise verwertet worden
und hat „Bestimmung“ hervorgerufen. Nach ihrem sach-
lichen Inhalt gewiß mit Unrecht. Man kann ein zuver-
lässiger Freund der österreichischen Anschlussbewegung sein
und doch finden, daß sie in ihrer länderweisen Zer-
spaltung die Gefahr in sich birgt, das Objekt lokaler
und provinzieller Parteidemagogien zu werden, die, um des
örtlichen Erfolges willen, das Gesamtinteresse des deutschen
Volkes aus dem Auge verlieren. Wir wissen uns in dieser
Lage eins mit der österreichischen Arbeiterschaft, die der
stärkste Hort des Anschlussgedankens ist und doch nie ver-
gibt, daß man Politik mit dem Kopf durch die Köpfe, aber

Weder Frankreich noch England könnten es sich leisten, die
Entente zu opfern. Die Gefahren neuer Freundschaften seien zu
groß.

Für Aufhebung der Sanktionen.

Paris, 3. Juni. (W.T.B.) Der diplomatische Berichterstatter
der „Chicago Tribune“ teilt mit, daß die Forderung, über das Datum
für die Räumung von Düsseldorf, Duisburg und
Ruhrort und für die Aufhebung der Zollgrenze am
rechten Rheinufer zu einem Uebereinkommen zu gelangen, die wahre
Ursache dafür sei, daß England auf dem sofortigen Zusammentritt
des Obersten Rates bestehe. Die amerikanische Meinung
teile den Standpunkt der Engländer, Italiener und Japaner, daß die
Erhebung einer 25proz. Abgabe längs des Rheins dem deutschen
Außenhandel schädlich sei.

London, 3. Juni. (W.T.B.) Die Abendblätter vom 2. bringen
die von Reuters in ausführlicher Fassung wiedergegebene
Reichstagsrede Dr. Births mit großen Ueberschriften an erster
Stelle, enthalten sich jedoch bisher jeden Kommentars.

Eisenbahnerkongress in Frankreich.

Protest gegen die Moskauer Diktatoren.

Paris, 3. Juni. (W.T.B.) Die in die Rinderheit geratenen An-
hänger der Gewerkschaftsinternationale von Am-
sterdam auf dem gestrigen Eisenbahnerkongress, die
den Kongress verlassen haben, haben in gesonderter Beratung eine
Resolution angenommen, in der sie gegen die Kommunisten
protestieren. Drei Tage hätten die Delegierten des Kongresses unter
der Bedrohung von Beuten verhandelt, von denen die Mehrheit der
Korporation fremd sei. Die Anhänger der gemäßigten Richtung seien
entschlossen, das Recht gegen jede Gewalt zu verteidigen. Sie wür-
den die Arbeiter der französischen Eisenbahnen auffordern, sich gegen
jede Diktatur zu wenden.

Ueber die Spaltung wird weiter gemeldet: Der Eisenbahner-
kongress hat gestern nachmittag über einen von den Kommu-
nisten eingebrachten Antrag abgestimmt, der sich für die gewer-
kschaftliche Direktive des Programms von Amiens ausspricht und
mit der russischen Revolution solidarisch erklärt,
dagegen die Zusammenarbeit der Klassen und die Teilnahme an der
Internationale von Amsterdam ablehnt. Die Resolution, die von
Roumoussieu und seinen Freunden eingebracht worden war,
wurde mit 53.140 gegen 53.677 Stimmen bei 1071 Stimmenthaltun-
gen angenommen. Von den Eisenbahnern aus Elsass-Loth-
ringen stimmten, Havas zufolge, 11.074 für und 1888 gegen
den kommunistischen Antrag. Später kam es zu der erwähnten
Spaltung, als über einen anderen Antrag Roumoussieus abgestimmt
wurde, in dem der Kongress ersucht wird, zu beschließen, daß die
Vertretung in dem am Freitag stattfindenden Verbandsrat im
Verhältnis zu den abgegebenen Stimmen stehen solle.
Die Gegner des Antrages verließen darauf den Saal. Der Antrag
Roumoussieus wurde von den Zurückgebliebenen mit allen gegen
zwei Stimmen angenommen.

nicht mit dem Kopf durch die Wand macht. Sie weiß auch,
daß eine Bewegung, die ihr Ziel erst in geraumer Zeit er-
reichen kann, ihre Kräfte nicht Schlag auf Schlag ausgeben
darf, weil ihr dann für die Zeit des unermüdlichen Wartens
nichts mehr bleibt, womit sie sich bemerkbar machen könnte.
Es ist kein Zweifel, daß die Forderung der Anschlussabstim-
mungen, ohne dem überwältigenden Eindruck, den die
Tiroler und Salzburger Abstimmung gemacht
hat, noch etwas hinzufügen zu können, bloß provozierend
wirkt und zumal bei der Kleinen Entente die prickelnde Lust
zu allerhand Korfantypaten weckt. Ein bißchen weniger wäre
mehr, und eine Abstimmung, die im Juli unterbleibt, könnte
vielleicht mit desto größerem Erfolge und unter sympathischerer
Aufmerksamkeit der unbeteiligten Welt im November statt-
finden.

Der christlichsozialen Regierung aber, deren Oberhaupt
Dr. Mayr vor allem von der Sorge um die Kredite bewegt ist,
geschähe recht; sie erntet jetzt die Früchte ihrer Begeisterung
für den Föderationsstaat. Die Christlichsozialen waren es, die es
dazu gebracht haben, daß nun jedes winzige Bundesland ein
souveräner Staat ist, der seine eigene auswärtige Politik
machen kann. Sie haben diese Föderalisierung unter anderem
auch darum gewollt, weil sie damit gegen den Anschluß wirken
zu können glaubten. Nun bleibt ihnen eigenen Parteigenossen
in den Ländern nichts anderes übrig, als den von politischen
Erwägungen unbeschwertem Anträgen der „Großdeutschen“
überall bedingungslos Gefolgschaft zu leisten, um nur ja ihre
anschlussbedingliche Vergangenheit vergessen zu machen und um
ihre schwarzgelben Fiedeln wegzumachen. Herr Mayr stirbt
an dem Gifte, das er selbst ausgefüt hat und das nun üppig
in die Halme geschossen ist.

Zur Frage der Amnestie.

In der fertiggesetzten Aussprache des Reichstags über die
Programmerkklärung der Regierung wird der Antrag der
sozialdemokratischen Fraktion zur Amnestieforderung mit zur Be-
ratung stehen. Er ist zweifellos derjenige, der am meisten
Aussicht auf Annahme hat und der, wenn er angenommen wird,
auch praktische Ergebnisse im Sinne der Menschlichkeit und
Gerechtigkeit zeitigen wird.

Daß ein Antrag auf allgemeine Amnestie keine Aus-
sicht hat, angenommen zu werden, steht von vornherein fest.
Und wenn man den Rapp-Putsch zum Vergleich mit her-
anzieht, so muß bemerkt werden, daß auch hier — wenigstens
im Beschluß des Reichstags — die Hauptstützen von der Am-
nestie ausgenommen worden sind. Daß man auch von diesen
keinen bekommen hat, ist ein ungeheurerlicher Stan-
dard, der auf schwere Läden unserer Staatsordnung hinweist.
Die Sozialdemokratie fordert unbedingt gleiches Recht für
beide Seiten. Wenn jetzt das Verlangen der Justiz gegenüber
den Gewaltverbrechern von rechts als Hauptargument benutzt
wird, denen von links einen Freibrief für alle ihre Verfehlun-
gen zu verschaffen, so zeigen sich darin deutlich die Folgen des
reaktionären Treibens, das die Befehle nur als parteipolitische
Mittel für die eigenen Zwecke gelten lassen will. Eine Zeit-
ung, die den Rechtsverbrechern ihren Schutz angebeihen läßt,
eine Behörde, die solche Leute nicht entdecken kann, weil sie
auf beiden Augen blind ist, eine Justiz, die sie freispricht oder
mit lächerlich geringen Strafen bedeckt — sie alle sind wert,
mit dem höchsten Sowjetorden geschmückt zu werden, denn sie
begünstigen den „kommunistischen Umsturz“, den zu bekämpfen
sie vorgeben.

Das Eintreten für eine allgemeine Amnestie wird aber
auch dadurch unmöglich gemacht, daß die Kommunisten selbst
den bürgerlichen Parteien die schärfsten Waffen gegen sie
liefern. Die „rote Fahne“, die jeden für einen Bluthund hält,
der nicht für die Begnadigung aller kommunistischen März-
putschisten eintritt, schlägt ganz andere Töne an, wenn es den
blutigen Terror der russischen Regierung zu verteidigen gilt.
Für Deutschland ist sie revolutionär, für Rußland ist sie offiziös.
Erst heute wieder versucht sie, den erschütternden Notizrei-
niger russischen Genossen, den wir vorgestern
hier veröffentlichten, mit einer leichten Handbewegung abzu-
tun, indem sie schreibt:

Die russischen Menschewisten und ihre deutschen Gefinnungs-
genossen, die aus diesem Protest politisches Kapital gegen den Kom-
munismus schlagen wollen, spekulieren etwas allzu sehr auf die Ver-
geßlichkeit der Arbeiter. Es ist eben drei Monate her, daß die russi-
schen Menschewisten im Bunde mit der bürgerlichen Konterrevolu-
tion den Kronstädter Aufstand gegen die Sowjetregierung anzettelt-
ten, der nichts geringeres als den Sturz der Arbeiter- und Bauern-
regierung bezweckte. Die Sowjetregierung hat bis auf eine geringe
Anzahl von Führern (!) die Teilnehmer am Kronstädter Aufstand
amnestiert.

Also auch in Rußland keine allgemeine Amnestie,
auch hier keine Freilassung der „Führer“, deren „geringe Zahl“
nach den Angaben unserer russischen Genossen rund 2000 be-
trägt. (!) Und dazu muß noch gesagt werden, daß die Menschewi-
sten gar nicht den gewaltsamen Sturz der Sowjetregierung,
sondern die friedliche Entwicklung von der Diktatur zur Demo-
kratie anstreben! Und trotzdem Einkerkelung von zehntausend
Führern!

Die Ausschreitungen, die bei der Bekämpfung kommu-
nistischer Aufstandsversuche in Deutschland begangen wurden,
werden von niemand schärfer verurteilt als von uns. Aber
daß wir diese Ausschreitungen verurteilen und die Massen-
erschließung der Kronstädter Matrosen, die
Masseneinkerkelung von Unschuldigen in Rußland beschönigen,
wie es die deutschen Kommunisten tun, das darf man uns nicht
zumuten. Auch das ist Moral mit doppeltem Boden.

Der sozialdemokratische Antrag verzichtet auf den aus-
sichtslosen Versuch, den Führern der mitteldeutschen Putsch-
bewegung Straffreiheit zu verschaffen. Dabei verkennen wir
keineswegs, daß sich auch unter diesen Führern verirrte
Idealisten befinden mögen, für die einmal auch, noch ehe
sie eine zermürbende lange Strafe verbüßt haben, die Stunde
der Befreiung schlagen mag. Mögen sie dann begreifen, wie
geissenlos sie handelten, indem sie Hunderte ihrer gläubigen
Anhänger nutzlos und zwecklos in den Tod ließen. Heute, wo
der berechnete Zorn über ihr Verhalten noch bis weit
in den Reihen der kommunistischen Partei hinein lebendig ist,
würde der Ruf nach Gnade für sie bei der großen Mehrheit des
Reichstags taube Ohren finden.

Unmittelbare Verurteilung aber darf man für jene Un-
wissenden und Verblendeten erwarten, die ohne recht zu wissen,
was sie taten, zwischen die beiden Mühlensteine des kommunisti-
schen Terrors und der Sondergerichte gerieten. Hier gibt es
Härten einer offenbaren Klassenjustiz, die nach
einer Korrektur auf dem Wege der Begnadigung förmlich
schreien. Wenn man menschliches Verstehen hatte für diejeni-
gen, die ohne politisches Bewußtsein aus Gründen einer ver-
meintlichen Disziplin für die Rapp-Rebellion die Flinte auf

Die Schuster nahmen, so kann man dieses Verständnis auch nicht
Arbeiter verweigern, die, eingeschüchtern oder aus falsch
verstandener Solidarität, den tollen Märzputz d. J. als bloße
Mittläufer mitmachten.

Die Annahme des sozialdemokratischen Antrags bedeutet
einen Schritt auf dem Wege zur Gerechtigkeit. Daß
auch nach ihm auf diesem Felde in Deutschland noch unendlich
viel zu tun bleibt, wird keiner verkennen, der die Praxis man-
cher Behörden und die Rechtsprechung vieler Gerichte aufmerk-
sam verfolgt. Die Mißstände, die da noch herrschen, können
leider nicht mit einem Schlage beseitigt werden, sicherlich aber
können sie es nur dann, wenn die demokratische Verfassung
unseres Landes auch mehr und mehr von demokratischem Geiste
erfüllt wird und die Masse des arbeitenden Volkes einen immer
steigenden Einfluß auf das gesamte Staatswesen gewinnt.

Kommunistischer Kritik kann die sozialdemokratische Reichs-
tagsfraktion ruhig die Stirne bieten. Sie wird sich nicht be-
irren lassen durch das Geschrei von Leuten, die den Terror pre-
digen, aber, wenn die Sache schief gegangen ist, um Gnade
schreien. Ist es doch das Todesurteil des Putzsch-
mus, wenn er eine großartig begonnene „revolutionäre Ak-
tion“ nicht anders zu beenden wußte als mit dem Schrei
nach Amnestie!

Die Taktik der Deutschen Volkspartei.

In seiner „Täglichen Rundschau“ schreibt der deutschvolks-
parteiliche Reichstagsabgeordnete Rippler:

Bisher hat doch die Deutsche Volkspartei nicht
die geringste Neigung verraten, in diese Regie-
rung einzutreten. Sie hat das Ultimatum aus wohlwogenen
Gründen abgelehnt und daraus die selbstverständlichen Folge-
rungen gezogen. Wenn die demokratische Presse Tag für Tag den
Eintritt der Volkspartei in die Regierung besprochen, ihn bald als
heilige Pflicht, als unabweisbare Forderung verlangt, bald liebevoll
als besondere Gnade zubilligt, so haben doch solche Scherze
mit ernsthafter Politik nichts zu tun und belassen jedenfalls das
Konto der Volkspartei. Das Ultimatum ist angenommen worden;
und dieser Tatsache muß Rechnung getragen werden. Man wird ab-
warten müssen, wie die neue Regierung die Erfüllung des Ulti-
matums zu verwirklichen gedenkt. Die Stellungnahme zum Ulti-
matum zieht eine Scheidelinie, macht aber weder eine grundsätzliche
Opposition, noch eine vorläufige Vertrauenserklärung notwendig. Man
mied abwarten und Vorschläge der Regierung in Sachlichkeit prüfen,
sie allerdings, wenn sie das Gepräge der Klassenpolitik auf-
weisen, Erschütterung unserer Wirtschaft bewirken oder Sozialisie-
rungsexperimente versuchen, rücksichtslos bekämpfen.

Die „Tägliche Rundschau“ hat allerdings nicht abge-
wartet, sondern sofort begonnen, die Regierung Birth nach
deutschnationaler Methode herunterzureißen. Im übrigen
will in der Regierung Birth niemand „Erschütterungen unse-
rer Wirtschaft“ und „Experimente“. Praktische Maßnahmen
hingegen, die geeignet sind, die öffentlichen Einnahmen zu ver-
mehrten, werden ohne Rücksicht auf das Geschrei der betroffe-
nen besitzenden Klassen durchgeführt werden müssen, sonst
würde die Regierung allerdings „Klassenpolitik“ treiben, und
zwar die schlimmste, die es gibt.

Die Deutsche Volkspartei rechnet offenbar damit, daß die
Regierung auf die Dauer bei den Unabhängigen keine
Unterstützung finden wird und hält sich für diesen Fall bereit.
Die Unabhängigen werden sich dessen bewußt sein müssen, daß
sie durch eine falsche Taktik Deutschland zu einem zweiten mal
eine Regierung beschern könnten, in der statt der Sozialdemo-
kratie die Deutsche Volkspartei säße. Die Wiederholung dieses
„Experimente“, das bekanntlich auch nicht ohne „Erschütte-
rungen“ vor sich ging, können sie aber unmöglich wünschen.

Ganz im Sinne Ripplers schreibt auch die „National-
liberale Korrespondenz“:
Für die Deutsche Volkspartei ist die zu beobachtende Haltung
klar vorgezeichnet. Einem Kabinett Birth mit einem so inhaltslosen,
unklären Programm kann sie ein Vertrauensvotum nicht
bewilligen und noch viel weniger kann sie in ein
solches Kabinett eintreten. Sie wird sich ihrer hohen

Aufgabe als Partei des Wiederaufbaues bewußt bleiben,
alle Vorlagen der neuen Regierung sachlich prüfen und beur-
teilen und danach von Fall zu Fall entscheiden. Sie wird vor allen
Dingen ein aufmerksames Auge auf alle Schritte des Kabinetts werfen
haben und bestrebt sein, Maßnahmen zu verhindern, die geeignet
sind, das Wirtschaftsleben des deutschen Volkes an der Wurzel zu
treffen. Kühle, sachliche Opposition und größte Wach-
samkeit — das ist die Parole der Deutschen Volkspartei für die
nächste Zeit.

Kleine Blütenlese.

Um unseren Lesern einen kleinen Begriff von dem Ton
zuteil werden zu lassen, auf den die deutsche nationale
Presse jetzt durchgängig gestimmt ist, geben wir ein
paar Zitate aus heutigen Morgenblättern, wie sie uns beim
Durchlesen gerade auffielen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ in einem Artikel über die
Kriegsverbrecherprozesse:

Ganz anders liegt natürlich der Fall, wenn in der harten Not
des Krieges sich etwa ein deutscher Unteroffizier oder Gefangen-
enlagerkommandant hat einfallen lassen, einen jämmerlichen englischen
Kriegsgefangenen, die mißhandelt wurden, als Kowdies
und Zuhälter bezeichnen würde?

Was würde wohl die „Deutsche Tageszeitung“ für ein Ge-
heul antönen, wenn ein ausländisches Blatt die deutschen
Kriegsgefangenen, die mißhandelt wurden, als Kowdies
und Zuhälter bezeichnen würde?

Die „Post“ in einem Artikel über Walter Rathenau:
Wenn man tief in der Tinte sitzt, soll man sich nicht, so pfeifen
manche Leute zu sagen, den geachteten Justizrat aussuchen, der
Major der Landwehr (1) und Verwalter von allerlei Ehren
ist, sondern einen ganz perfekten Anwalt. So einen, zu
dem alle Schieber laufen.

Der Fortgang des Artikels zeigt ganz deutlich, daß diese
Worte auf Walter Rathenau gemünzt sind. — Dasselbe
Blatt in einem Artikel über die Amnestiefrage:

Die Zuchthäuser, diese nützlichen Mitglieder der mens-
lichen Gesellschaft, leben noch und wollen ihrem Beruf wieder-
gegeben sein... Die Verbrecher, um die es sich handelt,
haben sich politisch maskiert, wie der ganze Kommunismus
es tut.

Es mag wundernehmen, daß das angeblich so gebildete
deutsche Bürgertum tagaus, tagein diese Sprache genießt.
Aber der Spießher hat damit noch nicht einmal genug; auch im
Feuilleton, in der Romanbeilage muß die Heharbeit
fortgesetzt werden, ob nun in der „Deutschen Tageszeitung“
Friedrich Frefa den Münchener Beiselmord in Fortsetzungen
behandelt oder ob ein talentvolles Weibsräulein in der „Deu-
tschen Zeitung“ die Dinterische Rassenlehre durch einen
Roman beweist, in dem alle Folgen der „Sünde wider das
Blut“ mit mathematischer Genauigkeit eintreffen. Aber die
Ration der Dichter und Denker bleiben wir trotz alledem!

Militarismus von links.

Während die hinter der SPD. und USR. stehende Ar-
beiterkräft Sachens in gemeinsamer Arbeit mit dem Haupt-
betriebsrat der sächsischen Eisenbahner wiederholt ihren un-
zweideutigen Willen zum Ausdruck gebracht hat, die Lage der
Deutschen Republik durch Zulassung der Durchreise von
Orgelhanden und sonstigen Freischärlern nach Ober-
schlesien nicht noch mehr zu erschweren, bemühen sich die
sächsischen Kommunisten wieder einmal, die Einheits-
front der Proletariats zu durchbrechen, indem sie im
sächsischen Landtag folgenden Antrag einbrachten:

Der Landtag wolle beschließen:
Die Regierung wird beauftragt, zum Schutze gegen die sich in
Bayern und Oberschlesien sammelnden konterrevolutionären Frei-
korps proletarische Selbstschutzorganisationen aus den Reihen der organisierten Arbeiter und Beamten, ins-
besondere der Eisenbahner unter Kontrolle der Gewerkschaften und
Betriebsräte zu bilden.

Ceiling-Theater (Sommerzeit): „Die Ballerina des
Königs“ von Rudolf Presber und Leo Walther
Stein. Nachdem die Liebchaft des Breuchentänigs Friedrichs II.
mit der als Längerin nach Berlin verschlagenen Barbarina in Roman
und Film nach Äthiopien ausgeschifft, wird die Affäre jetzt auch
dem Theaterpublikum serviert. Die Autoren haben sich die Sache
außerordentlich leicht gemacht. Von einer Lustspielerei, die die vier
Akte tragen könnte, ist nicht die Rede. Aber sie rechnen wohl, daß
die wirbelnde Berne der Frau Leopoldine Konstantin, die
früher dem Reinhardt-Ensemble angehörte, aus Eigenem das Defizit
begleichen werde, und die Erwartung hat sie nicht getäuscht. Sie
konnte in der ihr auf den Leib geschriebenen Rolle nach Herzenslust
alle Farben ihres Temperaments und ihrer Laune spielen lassen,
so daß man darüber die Dürftigkeit des Textes fast vergaß. Eine
Diva, der aller Theaterstaub und Schminke die urchigste Natur-
frömmigkeit nicht haben kümmern können und die, des Zaubers ihrer
hemmungslosen Raioidäten wohl bewußt, denselben verkrümmt, von
Strapeln unbeschwert, ausnützt, um eigenförmig ihre Wünsche (vor
allem was die Gage und Prämien anlangt) durchzusetzen! Der König
selbst gefält ihr gar nicht über, nur vermag sie es nicht einzusehen,
daß aus diesem Grunde andere ihr nicht ebenso gefallen sollen. Als
Friedrich einer Kollegin schäbderweise einen Blumenstrauß verehrt
und in den Krieg zieht, ohne sie selber mitzunehmen, empört sie dieser
Trennung so sehr, daß sie sich kopfüber dem Heiratsantrag eines
reichen Böhmers annimmt. Tendenziös dynastische Schönjückererei,
wie sie bei solchen Gelegenheiten früher nicht hätten fehlen dürfen,
waren erfreulicherweise vermieden. So auch im letzten Akte, der das
Wiederleben des „alten Frey“, des podagogeplagten griessgrämi-
pessimistischen Menschenfeindes, mit dem trotz ihrer Jahre noch immer
beneidenswerten und vergnügten Dämchen nicht ohne Stimmung
schildert. Kurt Böß war namentlich in diesen Szenen gut. Die
Konstantin wurde stürmisch applaudiert, aber auch jeder kleine,
nach so beschiedene Scherz des Textes mit bewundernswertem Bei-
fallsfreude aufgenommen.

Antennen als Unterplätze. Auf dem Riesenflugplatz zu Cron-
don, dem Luftschiffhafen von London, ist man zurzeit mit dem
Bau einer großen Stahlanterie beschäftigt. Sie wird etwa
40 Meter hoch sein und ist dazu bestimmt, den leuchtenden Luft-
schiffen, die den direkten Verkehr zwischen London und Kairo ver-
mitteln sollen, als Unterhalt zu dienen. Die Verwendung der
Antennen, die es gestatten, das schwierige Manövern der Verbrin-
gung der Luftschiffe in die Hasen nach erfolgter Reise zu ver-
meiden, hat die Probe auf das Exempel bereits glänzend bestanden.
So ist beispielsweise das Luftschiff R 33 seit drei Monaten an der
Antenne des Flugzeugplatzes von Rusham verankert. Obwohl es in
dieser Zeit wiederholt schwere Stürme durchgemacht hat, hat es
nicht die geringste Beschädigung erlitten. Die jetzt in Bau
befindliche Antenne von Crondon wird auf einem gemauerten
massiven Unterbau von Zement errichtet und erhält im Innern
einen Fahrstuhl, der es gestattet, Waren und Passagiere, die das
Kairo-Schiff befördern soll, zur Höhe emporzutragen. Eine zweite
ähnliche Antenne wird in Kairo gebaut werden.

Der Zweck dieses Antrages ist klar. Die Kommunisten
wissen ganz genau, daß die Sozialdemokraten — und
mit ihnen gemeinsam in der letzten Zeit erfreulicherweise auch
die Unabhängigen — sich mit gleicher Entschiedenheit
gegen jeden Militarismus gewandt haben, von
welcher Seite er auch komme. Indem die Kommunisten die
„Bewaffnung des Proletariats“ fordern, wollen sie ihr gerade
in Sachsen beträchtlich gestunkenes Ansehen heben und sich
neuen Agitationsstoff schaffen, der ihnen seit dem
mißglückten Märzputz ein wenig ausgegangen war. Daß
die „Bewaffnung des Proletariats“ selbstverständlich nur an
Hand der kommunistischen Mitgliedsliste erfolgen würde, be-
darf kaum einer besonderen Erwähnung. Ganz abgesehen
von den innerpolitischen Wirkungen dieses wiedererwachten
Militarismus nach Adolff Hoffmannschem Muster wären
von einer Annahme des kommunistischen Antrages schwere
außenpolitische Komplikationen zu erwarten.

Internierungslager Stargard.

Ueberaus skandalöse Zustände herrschen nach uns zu-
gegangenen Berichten in dem Internierungslager Star-
gard. Es handelt sich hier um ein Internierungslager ganz
eigener Art, weder für Verbrecher noch für Gefangene, son-
dern für Leute, zu deren Freiheitsberaubung eigentlich gar
kein Grund vorliegt. Eine große Anzahl Ostjuden sollten
aus Deutschland unter dem Kurse Koch als „lästige Ausländer“
ausgewiesen werden. Da aber die Ausweisung wegen der
Grenzperre der östlichen Staaten praktisch unmöglich war, so
ist die preußische Regierung dazu geschritten, für diese Aus-
länder Internierungslager zu errichten. Aber nicht
nur, daß man Leute hier zusammenpfercht und ihrer Freiheit
beraubt, deren einziges Verbrechen darin besteht, Ausländer
zu sein, setzt man sie auch einer gemeinen und skanda-
lösen Behandlung aus, derart, wie wir sie aus den
Leipzigiger Kriegsverbrecherprozessen zur Genüge
kennen. Mißhandlungen seitens der Wachmannschaften
sind ganz und gäbe. „Ristwieh“, „Sajjud“ usw. sind
die normalen Anreden. Das Essen ist ungenügend und un-
genießbar. Die „Jüdische Arbeiterstimme“, das Organ der
jüdischen sozialdemokratischen Arbeiter, veröffentlicht folgende
charakteristische Episode:

Vor einigen Tagen brach im Lager Stargard in einer Baracke
ein Brand aus. Da die Barackentüren verschlossen waren,
wollten die Internierten zum Fenster hinauspringen. Die Wach-
posten bedrohten sie daraufhin mit Erschießen. Da inzwischen der
Brand einen außerordentlichen Umfang annahm, feiner-
lei Löschgeräte vorhanden waren, bereits mehrere Personen
schwere Brandwunden erlitten hatten, wagten die Unglück-
lichen doch den Sprung aus dem Fenster. Der sollte ihnen schlecht
bekommen. Die ersten, die heraussprangen, — wurden jämmerlich
mißhandelt. Anstatt das Feuer zu löschen und den Leuten zu helfen,
schlugen die Wachposten mit Kolben auf die Internierten ein. Das
wenige Hab und Gut der Leute, ihre Kleider, Geld, ihre Papiere
sind verbrannt. Mehrere Internierte liegen mit schweren
Brandwunden im Lazarett. Ein Feldwebel erklärte am fol-
genden Tage beim Appell, daß bei einem nochmaligen Brande nie-
mand herausspringen würde. „Die Juden sollen ruhig
verbrennen.“

Wir verlangen, daß die Regierung sofort eine scharfe
Untersuchung dieser Zustände eintreten läßt, die
Schuldigen rücksichtslos bestraft und dafür sorgt, daß sofort
menschenwürdige Zustände unter der Kontrolle
zuverlässiger Personen eintreten, wenn man sich nicht
entschließt, das Internierungslager überhaupt aufzu-
heben. Das wäre um so gerechtfertigter, als es sich bei der
Mehrzahl der Internierten um jüdische Arbeiter handelt, die
während des Krieges aus Polen usw. zur Zwangs-
arbeit nach Deutschland — ähnlich wie die Belgier —
hereingeschleppt wurden, und die nun noch dafür miß-
handelt werden, daß sie während des Krieges als Bürger
anderer Staaten für Deutschland arbeiten mußten.

Das portugiesische Parlament wurde aufgelöst. Die Wahlen
zu den gesetzgebenden Körperschaften wurden auf den 20. Juni fest-
gesetzt.

Das Urheberrecht in China. Die chinesische Republik hat sich
während des Weltkrieges ein neues Urheberrecht geschaffen. Der
Borikout dieses bisher unbeachtet gebliebenen Gesetzes wird im
„Droit d'auteur“ unter Mitarbeit des chinesischen Gesandten in Bern,
Uang-Hong Bao, in französischer Übersetzung mitgeteilt. Die Schup-
dauer beträgt für Werke der Literatur und Kunst 30 Jahre, für
Photographien 10 Jahre nach dem Tode der Verfasser. Folgende
Werke unterliegen dem chinesischen Urheberrechte nicht: Texte von
Gelehrten, Verträge, juristische Dokumenten und Schriftstücke;
Handbücher von Böhntätigkeitsgesellschaften; Artikel und Nachrichten
in Zeitungen, die sich auf politische Fragen beziehen; Reden in öffent-
lichen Versammlungen.

Der Ku Klux Klan, ein Geheimbund, der im Jahre 1865 von
den Weißen der amerikanischen Südstaaten gegen die Regier
gegründet wurde und durch seine Schreckenstaten sich einen fürcht-
baren Namen erwarb, ist jetzt wieder im Staate Texas entstanden.
Die Wiederbelebung des Geheimbundes hängt mit der neu auf-
gestimmten Bewegung gegen die Regier zusammen. In Georgia
stand vor kurzem ein großer Zug der Männer des Ku Klux Klan
stark, bei dem Hunderte in schwarzen Masken und langen weißen
Kleidern hinter flammend roten Kreuzen und Fahnen daherschritten.
Als Aufgabe des Bundes wird der Kampf gegen Unflirtlichkeit aller
Art und gegen die Vermischung der weißen mit der schwarzen
Rasse bezeichnet. Die Bevölkerung von Texas ist durch eine Reihe
von Unfällen und Verbrechen beunruhigt, die durch Banden mas-
kierter Männer in den verschiedensten Gegenden ausgeführt wur-
den. Angesehene Männer, die als negerfreundlich verdächtigt
waren oder deren Moral angezweifelt wird, wurden auf offener
Straße angefallen, geteert und gefedert, furchtbar verprügelt und
gezwungen, das Land zu verlassen. Ein angesehener Arzt in
Beaumont wurde z. B. geteert und gefedert und dann nackt aus
einem Automobil im Mittelpunkt des Geschäftsviertels der Stadt
herausgeworfen.

Rahindranath Tagore hat in der gestrigen Aufführung seines
Bühnenstücks „Das Postamt“ in der Volksbühne bei-
gewohnt.

Staatsoper. Wegen Unpäßlichkeit der Frau Kemp heute Freitag
„Der Bürger als Edelmann“ und „Die Nibelungen“ (Anfang 6 Uhr).
Die „Frau ohne Schatten“ wird Dienstag, den 7. oder Mittwoch, den 8.
d. M. stattfinden. Die für die abgeänderte Vorstellung „Frau ohne Schatten“
(17. Abonnementvorstellung) bereits gelauteten Eintrittskarten behalten
für heute Freitag Gültigkeit, können aber auch bis zum Beginn der Vor-
stellung an der Kasse des Theaters zum Kassenspreis zusätzlich des
amlichen Aufgebotes zurückgegeben werden.

Großes Schauspielhaus. Sonntag nachm. 2½ Uhr Sommer-
nachstrahlung außer Abonnement.

Berliner Stablenwochen für Ju. und Ausländer veranstaltet
das Verkehrsministerium für Erziehung und Unterricht in den Tagen vom
11. bis 20. Juli. Der Lehrgang soll versuchen, durch das pädagogische,
künstlerische, künstlerische und wissenschaftliche Leben im heutigen
Deutschland einen Durchblick zu bieten und vor den kulturellen Leistungen
und Entwicklungslinien unseres Volkes in großen Zügen ein Bild zu er-
wecken. Er wendet sich daher in erster Linie an die als Gäste hier
neulenden Ausländer.

Zur Richard-Strauß-Woche.

Strauß kommt nur noch als Gast zu uns, zur Frühlingzeit, auf
dem Umweg von Wien nach Garmisch. Dann gibt er uns Gelegen-
heit, einen Teil seines Gesamt-Bühnenerschaffens gleichsam aus erster
Hand zu erleben, und sein Freund Schillings bläst dazu die Fran-
kore. Zuerst dem „Gunttram“ und der leider abgebrannten „Feuers-
not“ folgt nun die „Electra“. Die historisch und musikalisch be-
deutendsten Teile bleiben „Salome“ (1905) und „Ariadne“ (1912).
In beide Arten von Bühnenspielen lassen sich alle anderen Werke
stilistisch und mit allen Stilmittelgleichheiten einreihen. „Salome“, die
uns erst in Schrecken, dann in Bewunderung, zuletzt nur noch in
nerdösen Reizzustand versetzte, ist Aufsatz zu aller von Wagner ab-
gespitzten ideatorischen Großkraft im Musikdrama, im Dichter-
und Sinnetchnischen, eine urmoderne, geistlich empfangene und mit
eigenen Ingenium fortgeschrittene, in jedem Notensatz interessante
und interessierende Uebergangsbearbeitung. Sie wird verblasen, wenn
höhere, lebenswichtigere, zeitgemäßere Reize unser Denken und
Gühlen revolutionieren, sie wird verschwinden, wenn das leidenschaft-
liche Befehnis zur Weichheit abgeleitet ist, wenn der Weg wieder
offen ist zu Bach, der gar nicht reizlos war, und wenn die gespen-
stliche, degenerative Melodie Absens ausgelassen ist. „Ariadne“ —
das ist die Rückkehr zur Musik, die der „Kosmosanalier“ mit zittern-
schillernden Feinregret hatte. Wäre die Stillewirkung in dieser
Doppeloper noch einmal zu lösen, läge kein musikalischer Goldkern so
frei erkennbar wie in der Orchesteruite, die unsere Strauß-Woche ein-
leitete. — Strauß hätte sein ewiges Werk geschaffen. Aber es ge-
nügt, daß dieser Meister, der nicht nur im Handwerklichen, der auch
an Intuition, Inspiration, an Einfallstüchtigkeit alle Rebenbühler-
turnhoch überragt, daß dieser effektivste Musikant auf dem natem-
digen Weg über die moderne Gespreiztheit und Erregtheit zurückand
zu der mozarthischen Reinheit und Klarheit des Gefanges, zur voll-
endeten Sparsamkeit der Mittel, zur Abkehr von der Lautheit. Auf
diesem Weg wird und muß die nic Oper Straußens entstehen;
und es bleibt zu hoffen, daß endlich einmal in dieser Partitur die
Melodie eines unbelasteten, gefunden, unverdorbenen Weibes, einer
Frau ohne pathologischen Schatten erklingen wird. Vor der Kunst
soll floren Auges das Ethos schreiten.

Die Aufführungen seit Strauß selbst mit ruhiger, selbstbewußter,
finstlicher Hand. Frau Kemp ist Salome, vorbildlich, hingehen,
hinreichend, voller Blut und Kasse. Für die Zerbinetta holt man,
da das Institut arm ist an Koloraturgroßen, die Meistlerin Vo-
geln. Ein Tenor ist erscheinend auch nicht aufzutreiben, so springt
Eubert als Bochas ein, und eine Rajade aus fernstem Pro-
vinzialer verlinkt und versingt sich in namenlosen Tonarten zur
Ziele herab. Sehr beherzt, schmutz und gefangenschaftig ist der Kom-
ponist von Frau Elfriede Wagherr-Wagner; und trotz In-
disposition bleibt Frau Hedemann-Beitendorf klüßlicher, poetischer,
gläubigsten Klage und Ruf. Alle um sie herum voller Lust befreit,
dem Meister am Puls und damit dem hohen Publikum Freude zu
machen. Habt Dank!

Ein völkischer Verleumder verurteilt.

Am 26. Mai d. J. fand in Hamburg vor dem Schöffengericht die Verhandlung gegen den Hauptgeschäftsführer Roth des „Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes“ statt. Der Anklage lag folgender Sachverhalt zugrunde:

Im Jahre 1919 verbreitete der Schutzbund ein Flugblatt, betitelt: „Der Jude in der Kriegswirtschaft“. Im Zusammenhang mit allgemein gehaltenen Angriffen gegen die Juden wurde gegen den Leiter der Schutztruppenorganisation, Herrn Wallerstein aus Offenbach sowie gegen den Fabrikanten Leni aus Stuttgart der Vorwurf erhoben, sie hätten nur ihre persönlichen materiellen Interessen verfolgt und auf Kosten der Allgemeinheit Sonderprivilegien für sich erworben.

Wegen dieser verleumderischen Beleidigungen wurde von den beiden Angeklagten Strafentwurf gestellt. Roth hatte anlässlich seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter zugegeben, das Flugblatt zwar nicht verfasst, aber gekannt und in großer Anzahl in Hamburg verbreitet zu haben. Die Angaben des Roth wurden von verschiedenen Angestellten des Hamburger Schutz- und Trutzbundes bestätigt. Roth suchte in der Hauptverhandlung die Verantwortung für die Verbreitung des Flugblattes von sich abzuwälzen. Die Angaben seiner Entlastungszeugen, er sei in der fraglichen Zeit verreist gewesen, wurde als unrichtig erwiesen. Schließlich versuchte der Angeklagte den Wahrheitsbeweis zu erbringen und nahm den Schutz des § 193 (Bohrnehmung berechtigter Interessen) für sich in Anspruch.

Die Privatkläger konnten den Beweis für die Unrichtigkeit familiärer Angaben des Flugblattes erbringen. Nach längerer Beratung kam das Gericht zu einer Verurteilung des Angeklagten zu 1500 M. Geldstrafe, evtl. 150 Tagen Gefängnis; ferner wurde Publikationsbefugnis des Urteils in sämtlichen in Frage kommenden Fachblättern ausgesprochen. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, daß die formellen Einwände des Angeklagten sämtlich zurückgewiesen seien und daß der Wahrheitsbeweis völlig mißlungen sei. Auf Grund der den Nebenklägern zugefügten außerordentlich schweren Beleidigungen habe sich das Gericht ernstlich überlegt, ob nicht eine Freiheitsstrafe am Plage gewesen sei. Nur weil das Gericht nicht angenommen habe, daß der Angeklagte aus gemeiner Gesinnung heraus gehandelt habe, sei auf eine Geldstrafe erkannt, die aber mit Rücksicht auf die durch nichts bewiesenen Verleumdungen auf den Höchstbetrag festgesetzt worden sei.

Neue Kämpfe in Oberschlesien.

Breslau, 3. Juni. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die polnischen Insurgenten versuchen, noch bevor die Engländer in den Kampf eingreifen, ihr Machtgebiet nach Krätzen gewalttätig zu erweitern. Sie haben gestern und heute früh sowohl ober-schlesische Abstimmpolizei wie deutschen Selbstschutz an verschiedenen Stellen wieder scharf angegriffen. Bemerkenswert ist, daß alle größeren Angriffe in einer Gegend erfolgten, in der auch die Engländer mit der Spitze ihrer Truppen angefangen sind. So wurde gestern abend bei Stabendorf nur etwa eine Stunde weit vom Standort der Engländer die ober-schlesische Abstimmpolizei von den Polen angegriffen, die sich der starken Angreifer allerdings selbst zu erwehren vermochte. Beim Annaberg wurde der deutsche Selbstschutz mit Artillerie und Infanterie scharf angegriffen, wobei die polnische Artillerie mehrere Dörfer beschoss, in denen schon die ersten englischen Patrouillen stehen. Der neue Kommandant der englischen Truppen ist gestern in Oppeln eingetroffen, hat aber im Laufe des gestrigen Tages den Oberbefehl noch nicht übernommen.

Der Rächer seines Volkes.

Blädoyer im Teilerian-Prozess.

Nach Eröffnung der Sitzung verliest der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Dr. Lehmann die auf Nord oder Ostschlag lautenden Schuldfragen.

Dann ergriff Erster Staatsanwalt Dr. Gollnick das Wort. Es ist ein Mann zu Tode gebracht worden, der als ein treuer Verbündeter des deutschen Volkes in der Geschichte verzeichnet stehen wird. Der Angeklagte hat die Tat ruhigen Blutes vollführt. Es ist kein Zweifel, daß er die Tat gemollt hat, d. h. Lalaat Pascha vorsätzlich getötet hat. Es handelt sich hier zweifellos um eine politische Straftat, der Angeklagte hat sie verübt aus politischem Haß und politischer Rachsucht. Es sind zweifellos

entsetzliche Taten und ruchlose Verbrechen

an dem armenischen Volke verübt worden, zweifellos hat der Angeklagte und seine ganze Familie Entsetzliches erlebt. Die Beweisnahme hat sich auch erstreckt auf die Frage, ob Lalaat Pascha wirklich der moralische Urheber der Verbrechen ist, wenn es auch zur Beurteilung der Tat selbst ganz gleichgültig ist. Die Armenier sehen in Lalaat allerdings den Urheber und den Verantwortlichen, aber dies ist doch nur eine Parteilichkeit.

Man ist nicht berechtigt zu sagen, daß Lalaat Pascha persönlich und moralisch verantwortlich für die Untaten ist. Die Tat des Angeklagten ist kaum unedlen Motiven entsprungen und menschlich verständlich. Der Angeklagte hat die Tat mit Ueberlegung ausgeführt und es fragt sich nur, ob er im Besitze seiner freien Willensbestimmung war. Eindeutige Äußerungen der Sachverständigen liegen hierüber leider nicht vor. Drei von ihnen haben die Anwendbarkeit des § 51 verneint, zwei andere haben sie bejaht. Die Geschworenen werden sich deshalb selbst ein Urteil darüber bilden müssen. Das kermende Strafgesetzbuch sieht für den Nord die Todesstrafe vor, aber es gewährt die Zulassung mildernder Umstände, so daß erst auf eine Freiheitsstrafe erkannt werden kann. Das bestehende Strafgesetzbuch kennt solche mildernden Umstände bei Nord nicht. Ich beantrage noch alledem,

den Angeklagten des Mordes schuldig zu sprechen

und das weitere der Gnadeninstanz zu überlassen. Es folgt das eingehende Plädoyer des Verteidigers Geh. Justizrats Dr. v. Gordon. Der Angeklagte wolle sein Recht haben und nicht auf die Gnade verweisen werden. Den Ausführungen des Staatsanwalts zugunsten des Lalaat Pascha müsse entschieden widersprochen werden, denn er könnte

ein ganzes Arsenal von Depeschen

vorführen, nach denen die Schuld Lalaat Paschas an den Greuelthaten zweifellos erwiesen ist. Dies haben auch die erschütternden Befundungen in der Beweisnahme gezeigt. Der Verteidiger schilbert in bewegten Worten und in temperamentvoller Weise den Geschworenen nochmals alle die furchtbaren Verbrechen, die den Armeniern befohlen worden waren und die persönlichen schrecklichen Erlebnisse des Angeklagten, die in dessen Innern überwindlichen Rückwirkungen hervorgerufen haben. Nach ausführlicher Erläuterung der Tat, der Vorbereitung der Tat und dem Seelenzustande des Angeklagten kommt Dr. v. Gordon zu dem Schluß, daß die Tat nicht mit Ueberlegung ausgeführt sei und er freigesprochen werden müsse.

Zu dem gleichen Resultat kommt Justizrat Dr. Werthauer. Er weist auf die bekannte Reichsgerichtsentcheidung hin, nach welcher schon Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit eines Angeklagten dessen Freisprechung bedinge.

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Groß-Berlin

Flucht eines Automobilfabrikanten.

Die Fabrik zwanzigmal verpfändet. — 8 Millionen Mark Schulden.

Ein ganz tolles Stück hat sich in Reinickendorf zugezogen: Der 31 Jahre alte Fabrikbesitzer Paul Victor Wille aus Reinickendorf-West ist mit seiner Familie unter Hinterlassung einer Schuldenlast von zirka 8 Millionen Mark flüchtig geworden.

Wille betrieb zwei Automobilfabriken, die eine in Reinickendorf, die andere in Moabit, in denen er eine größere Anzahl Arbeiter beschäftigte. Das Gesamtunternehmen war anfangs nicht ungeeignet. Der Besitzer verstand es aber nicht, den Betrieb wirtschaftlich zu erhalten. Er geriet in Schwierigkeiten, die endlich so groß wurden, daß er den Konkurs hätte anmelden müssen. Statt dessen verjagte er einen stillen Teilhaber zu bekommen und fand auch einen, der ein großes Kapital einbrachte, sich aber, um jedes Risiko zu vermeiden, die Fabriken verpfändete. Über auch dieser Versuch reichte ihn nicht. Er führte ihn vielmehr erst recht auf die schiefste Ebene. Nach dem ersten Geldgeber suchte und fand er immer weitere, die voneinander nichts wußten. So erhielt er nach und nach an zwanzigmal Beträge von 400 000 bis 600 000 M. und ebenso oft verpfändete er seine Fabriken. Die Geldgeber waren um so williger, als ihren Wille 30 Proz. Zinsen und mehr versprach. Der Unternehmer begründete dieses Angebot damit, daß die Automobilfabrikation entsprechend hohe Gewinne abwerfe. Hierbei handelte er wider besseres Wissen, weil er dauernd mit Zubuten arbeitete. Endlich gab es keinen Ausweg mehr. In der vergangenen Woche war er so weit, daß er trotz der fortgesetzten hohen Einbußen nicht einmal mehr die Arbeitslöhne bezahlen konnte, und er erklärte dem Geschäftsführer und Prokuristen, daß er, um wenigstens seine Arbeiter befriedigen zu können, seine Möbel verkaufen werde. Das tat er denn auch. Statt jedoch den Erlös zur Lohnzahlung zu benutzen, steckte er ihn in seine eigene Tasche, zu dem, was er sonst noch gehabt haben mag, und verschwand über Nacht mit Frau und Kind.

Die Geldgeber und andere Gläubiger, die nach und nach voneinander und dem Stande der Dinge erfuhren, beabsichtigten, die Eröffnung des Konkursverfahrens zu beantragen. Dazu kam es jedoch nicht, weil nicht einmal die zur Deckung der Kosten erforderliche Summe, die hätte hinterlegt werden müssen, vorhanden ist. Der Betrieb der Fabriken wird weitergeführt. Es hat sich ein Konzern gebildet, der ihn aufrechterhalten will, um zu retten, was noch zu retten ist.

Großfeuer in Moabit.

Durch ein in der letzten Nacht um 3 1/2 Uhr in der Emdener Straße 49 zu Moabit ausgebrochenes Feuer entstand in der dortigen Bevölkerung eine außerordentliche Erregung. Es standen die Kellerkellern des von etwa 30 Familien bewohnten Mietshauses in Flammen. Das Feuer fand an den dort aufgestapelten Brennstoffen reiche Nahrung. Als die Wehr eintraf, waren die Wohnhäuser im Erdgeschoß bereits von den Flammen bedroht. Das Treppenhäuser, der Hof und die Straße waren mit dickem Qualm angefüllt. Aus vielen Fenstern riefen viele Frauen aufgeregt um Hilfe. Beamte der Wehr drangen in die Wohnungen ein und beruhigten die Angstlichen. Es gelang dann den Bemühungen der Wehr, nach angestrengter Tätigkeit die Hauptgefahr zu beseitigen. Die Lösungsarbeiten sind noch nicht beendet.

Aus unseren Berliner Kreisen.

In einer Versammlung des 6. Kreises (Holländisches Tor) sprach vor fast 1000 Zuhörern Genosse Willi Kammsbrock über „Ultimatum, Regierungsbildung und Reichsparteien“. Das die Reichsparteien der Nationalversammlung wieder zur Regierung kamen, ist zu begrüßen. Bedauerlich ist nur, daß die Unabhängigen, die dem Ultimatum zwar zustimmten, es schließlich aus parteigegensätzlichen Gründen vorzogen, ihr fernzubleiben. Da Redner in Rede mit Neumann rechnet, rief er die Genossen zu reger Mitarbeit auf. Endlich müsse dem deutschen Volk, das 1914 in heller Kriegsbegeisterung zu 80 Proz. entbrannt war, 1918 zu fast 50 Proz. sozialistisch stimmte, dann aber wieder zu einem beträchtlichen Teil von den demagogischen Kniffen der Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei sich einspannen ließ, gezeigt werden, wo die wahren Volksvertreter seien. Durch eine starke sozialdemokratische Partei müsse ihren Vertretern im Parlament die Möglichkeit gegeben werden, nicht mehr Kompromisspolitik, sondern sozialistische Politik zu treiben. Eine Diskussion fand nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag nicht statt.

Erweiterung der Polizeistunde.

Ein Erlass des preussischen Ministers des Innern hebt die Festsetzung der Polizeistunde auf 11 Uhr auf und gestattet dem Regierungspräsidenten und dem Polizeipräsidenten von Berlin, für die Sommermonate bis zum 15. Oktober die Polizeistunde bis 12 Uhr hinauszuschieben.

Eine mutige Rettungstat.

Ein aufsehenerregender Vorfall spielte sich gestern abend an der Jannowbrücke ab. Die 19 Jahre alte Fräulein Richter aus der Jannowstraße war mit ihrem Bräutigam, einem Wachmeister der Schutzpolizei, in Streitigkeiten geraten. Nach einem heftigen Wortwechsel sprang das junge Mädchen von der Brücke in das Wasser. Der Besitzer der Reederei Robling, Herr Heinrich Robling, beobachtete diesen Vorfall, er entschloß sich schnell seiner Kleider und sprang kurz entschlossen von der Brücke aus dem Mädchen nach. Nach mehrstündem Untertauchen brachte er die inzwischen Bewußtlose an die Oberfläche des Wassers. Durch Schwimmen erreichte er einen Brückensteiler und wurde hier von Mannschaften der Reederei mit Stricken herausgezogen. Der Vorfall hatte eine noch hundertens zählende Menschenmenge auf der Brücke versammelt, die dem mutigen Retter draußenden Beifall entgegenbrachte.

Änderungen der Berliner Wertzuwachssteuer.

Die preussischen Minister des Innern und der Finanzen haben, wie wir erfahren, gegen die von der Stadt Berlin beschlossene Wertzuwachssteuerordnung in einem längeren Erlass eine Reihe von Bedenken erhoben, durch die auch zum Teil den Entwürfen der Berliner Handelskammer entsprochen worden ist. In erster Reihe ist es der von Berlin beschlossene Höchstfuß von 60 Proz., der dem vom Reichsfinanzministerium im Einvernehmen mit den Ländern vorgeschriebenen Höchstfuß von 50 Proz. widerspricht und zur Richtgenehmigung der eingereichten Steuerordnung geführt hat. Ferner wünschen die Minister, daß die Berliner Steuerordnung für die Neubauten Erleichterungen eintreten lasse, damit auch auf diese Weise die Bauwürdigkeit angeregt wird. Die Berliner Ordnung läßt nach dieser Richtung hin jede Vergünstigung vermissen. Da die Steuer auch sonst in mehreren Punkten beanstandet wird, müssen die städtischen Körperschaften neue Beschlüsse fassen. Die Finanz- und Steuerdeputation wird sich bereits in ihrer heutigen Sitzung mit der Angelegenheit beschäftigen.

Bezirksamt „Liednisch“. Wie die Fernsprechkämmer ihre eigenen Namen haben (Moritzplatz, Umland usw.), sollen nun auch, gemäß einer Zulage des Magistrats an die Bezirksverfassungen, die Bezirksämter eigene Namen erhalten. In der ersten Berliner Bezirksversammlung, die sich mit dieser Sache befaßt, in Berlin 6, ist darüber bereits eine Aussprache erfolgt. Der Bezirk, der sich vom Görlicher Bahnhof bis zum Potsdamer Platz und vom Kreuzberg bis zur Lindenstraße ausdehnt, nennt sich jetzt Holländisches Tor. Die Kommunisten haben vorgeschlagen, den 6. Bezirk zukünftig „Liednisch“ zu nennen. In anderen Stadtgebieten wollen sie Namen

wie „Rosa Luxemburg“ und andere ihrer ehemaligen Führer vorschlagen. Andere Fraktionen schlugen „Urban“, „Kreuzberg“ und „Landwehrkanal“ vor. Die Bezirke „Friedrichshain“, „Wedding“, „Humboldt“, „Berlin-Mitte“ usw. wollen diese Nebenbezeichnungen zum offiziellen Namen gemacht wissen.

Schon wieder Schiebereien auf Vorortzüge. Der gefährliche Unflug, auf fahrende Vorortzüge zu schiefen, will nicht aufhören. Erst kürzlich berichteten wir über einen Fall aus Lichtenberg. Gestern abend wiederholte sich der Unflug auf der Strecke nach Brandenburg. Zwischen dem Steinitzer Bahnhof und dem Bahnhof Gesundbrunnen erhielt um 9 24 Uhr der Vorortzug 181 einen Schrägstoß, der in einem Wagen 3. Klasse deutliche Spuren hinterließ. Wer ihn abgegeben hat, ist noch nicht ermittelt. Verletzt wurde glücklicherweise niemand.

Die Leiche einer Diakonissin wurde in Neufölln aus dem Schiffsfahrkanal gefischt. Die Leiche, die zunächst unbekannt war, wurde jetzt festgestellt als die 52 Jahre alte Diakonissin Emma Gerstberger, die in der Schönebergstraße 20 wohnte. Ob sie verunglückt oder freiwillig ins Wasser gegangen ist, steht nicht fest.

Dreißig Bewerber für das Amt des Städtebaudirektors (Generaldirektors für Siedlungs- und Wohnungswesen) haben sich auf Grund der öffentlichen Ausschreibung gemeldet. Die Bewerbungen werden zunächst vom Unterausschuß für das Siedlungswesen gesichtet und dann der Deputation für Siedlungs- und Wohnungswesen unterbreitet.

Die Beratung des Berliner Stadthausplans für das laufende Geschäftsjahr ist vom Magistratskollegium in Angriff genommen worden. Um diese Beratungen zu beschleunigen, finden täglich Sitzungen statt. Am nächsten Donnerstag wird sich voraussichtlich die Berliner Stadtverordnetenversammlung mit dem Etat beschäftigen.

Die letzte Führung durch die Lichtberger Kunstausstellung, Friedrichstraße, findet am Sonntag, den 5. Juni, vormittags 11 Uhr, durch Herrn Bildhauer Sonnenfeld statt. Da die sehenswerte und sehr günstig beurteilte Ausstellung am 8. d. M. geschlossen wird, empfehlen wir unseren Lesern, die wenigen Tage zum Besuch der Ausstellung zu benutzen.

Das Zentralnachweissamt für Kriegerverluste und Kriegergeborene hat nunmehr seinen Umzug nach Spandau, Schmidt-Rohde-dorf-Straße, vollendet und seine Tätigkeit in vollem Umfange wieder aufgenommen. Für Personen, die eine Auskunft oder Bescheinigung an Ort und Stelle selbst erlangen wollen, ist das Amt von Berlin aus mit der Stadtbahn über Charlottenburg und mit der Vorortbahn über Jungfernheide erreichbar. Die nächstliegende Bahnhofsstation ist Spandau-West. Auch die Straßenbahnlinie R führt in die Nähe des Amtes. Seine Fernsprechanlagen sind Spandau 1628-1633.

Ausgabe von Griech- und amerikanischem Weizenmehl. Im Verwaltungsbezirk 17 Lichtenberg werden gegen Voranmeldung auf Abschnitt 6 der gemeinsamen Lebensmittelkarte 500 Gramm Weizenmehl, ohne Voranmeldung auf Abschnitt 5 der gemeinsamen Lebensmittelkarte 800 Gramm amerikanisches Weizenmehl abgegeben. Die Voranmeldung muß bis zum 8. d. M. erfolgen.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Bezirksversammlungen.

15. Bezirk (Teeptom). Die Versammlung nahm die Mitteilungen des Vorsitzers entgegen, welcher bekannt gab, daß die Mieter-Schulvereine des Bezirks Vorschläge für die Wahl von Bürgerdeputierten gemacht hätten. Ferner wurde die Bildung einer Deputation für Schulwesen beschlossen, bestehend aus drei Bezirksratsmitgliedern, drei Bezirksverordneten, drei des Erziehungsamtes kundigen Personen und den in Frage kommenden Geistlichen. Seitens der SPD-Fraktion wurde besonders die Zugehörigkeit der Geistlichen zu dieser Deputation gerügt. Weiter wurde die Bildung einer Deputation für Kunst und Bildung und die Bildung eines Schulausschusses für die höchsten Lehranstalten beschlossen. Zu den Wahlen der Schuldeputation und des Schulausschusses hatten SPD und USB eine gemeinsame Liste eingereicht; außerdem lag vor eine Liste des Bürgerblocks und eine Liste der Fraktion der Mitte. Es wurden gewählt für die Schuldeputation als Bezirksverordneter Schmalz (SPD), Ruff, Neumann (USB), als Bürgerdeputierte Gollas (SPD), Futh, Reimann (USB). Für den Schulausschuß wurden gewählt als Bezirksverordnete Bohmann (SPD), Radeke, Ruff (USB), Schuricht (Bürgerblock), als Bürgerdeputierte Becher (SPD), Schifore, Baber (USB), Rollenberg (Bürgerblock). Eine lebhafte Debatte entwickelte sich bei der Beratung des Haushaltsvoranschlags für 1921. Den Bericht gab Stadtrat und Stadtschreiber Dr. Spärdier. Die Finanzdeputation hat sich im Einklang mit dem Voranschlag befaßt, aber noch nicht den ganzen Etat durchberaten. Der Magistrat drängt auf Ueberlassung des Materials, um den Etat bis zum 1. Juli fertigstellen zu können. Der Etat schließt ungefähr um 39 bis 40 Millionen Mark ab. Nach den vorgenommenen notwendigen Streichungen ist der Etat für 1921 etwa um eine halbe Million Mark höher wie der vorjährige. Radeke (USB) verlas eine langatmige Erklärung seiner Fraktion, in der die Mißbilligung über die Etatberedung zum Ausdruck kommt. Breising (SPD) kommt zu demselben Ergebnis. Fischer (SPD) wies darauf hin, daß der Etat unbedingt fertiggestellt werden muß, da bei dem jetzigen System nur ein Fünftel des Etatsansahes für 1920 vorausgibt werden dürfte. Es muß endlich mal nach einem Etat gearbeitet werden können. Allerdings führt die jetzt leider notwendige Reichweite dazu, daß am verkürzten Ende in den Ausgabeposten Streichungen vorgenommen werden. Wenn gerade das Gebiet der Schulverwaltung, Bahnbau- und Jugendpflege dazu erhalten soll, so könnten an anderen Stellen bei einer eingehenderen Beratung zugunsten der genannten Stellen ganz andere Restposte erzielt werden. Nach weiterer Aussprache stellte der Vorsitz als Ergebnis fest, daß die Versammlung die gemachten Ausführungen zur Kenntnis nehme und der Finanzdeputation aufgabe, in der Etatberedung fortzufahren. Infolge Wehrheitsbeschlusses der USB und des Bürgerblocks wurde der nächste Punkt der Tagesordnung: Antrag der Fraktion der Mitte betr. Maßnahmen gegen den wischen Straßenhandel, wegen der vorgeschrittenen Zeit vertagt. Eine dringliche Anfrage der SPD wegen Bezahlung der Ausschichtkräfte und Auszahlung eines Vorkurses von 1000 M. wird vom Stadtrat Vermuth dahin beantwortet, daß die Bezirksgemeinden zur Auszahlung sofort angewiesen werden und eine gleiche Behandlung der Lehrervertreter innerhalb des Bezirks gewährleistet würde.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, Sonnabend, den 4. Juni:

111. Kgl. Volksversammlung. Bis auf weiteres jeden Sonnabend 8 1/2 Uhr bei Feymann, Waltersdorfer Str.: Zusammenkunft aller SPD-Sänger.

6. Kreis (Holländisches Tor). Sonnabend, den 4. Juni, abends 8 Uhr bei Heim, Urbanstr. 29. Kreis-Vollversammlung der Mitglieder und Kassierer der Abt. 7-12: Wichtige Angelegenheiten. Erscheinen aller erbeten.

Friedrichshagen. Sonntag, 5. Juni, Familienausflug nach Schöneberg. Treffpunkt am Stralingspark um 2 Uhr mittags. — Mittwoch, 8. Juni, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung bei Scholz, Friedrichstr. 81.

Sport.

Die Neubahn Treptow wartet am kommenden Sonntag mit einem erstklassigen Programm auf. Das kassische Rennen „Die Stunde“ wird neben dem „Preis von Hohenberg“, einem 25-Kilometer-Rennen, eine glänzende Bereicherung an den Start bringen. Aber auch in den Abgeregten sind schwere Kämpfe zu erwarten, da eine äußerst große Anzahl, nämlich 30 Jäger, am Ablauf erscheinen.

Gewerkschaftsbewegung

Zum Lohnkampf im Buchdruckgewerbe.

Am Schluß der gestrigen Versammlung der Buchdrucker und Hilfsarbeiter, über die wir bereits berichteten, nahm der Gewerkschaftsrat zu dem von der Versammlung angenommenen Antrag in folgendem Beschlusse Stellung:

Der Gewerkschaftsrat verhandelt erneut innerhalb 48 Stunden. Das Resultat teilt er einer neuen Vertrauensmännerversammlung mit. Die Vertrauensleute haben dann eine Urabstimmung in den Betrieben vorzunehmen und deren Resultat innerhalb 6 Stunden dem Gewerkschaftsrat mitzuteilen. Das Resultat ist entscheidend. Die Urabstimmung ist geheim und findet getrennt zwischen Buchdruckern und Hilfsarbeitern statt. Die ausständigen Personale haben die Arbeit sofort aufzunehmen.

Die Berliner Buchdruckereibesitzer haben dem vorläufigen Abkommen in ihrer Versammlung am Donnerstagnachmittag zugestimmt.

Die Sprache verloren? Wir berichteten bereits am Montag über den Ausgang der Urabstimmung im Buchbinderverband, die zu einer katastrophalen Niederlage der Kommunisten wurde. Heute morgen „schon“ teilt die „Rote Fahne“ die mittleren amtlichen Zahlen — ohne ein Wort dazu zu sagen — mit. Hat das sonst so geschwähigste Kommunistenblatt etwa über dieses Urteil der Mitglieder seiner vermeintlichen Hochburg die Sprache verloren?

Verbindlichkeitsklärung. Der am 23. Februar 1921 abgeschlossene Nachtrag zum Tarifvertrag der Kurz-, Galanterie- und Spielwarenbranche ist mit Wirkung ab 14. Februar 1921 vom Reichsarbeitsminister für allgemein verbindlich erklärt worden. Damit müssen alle Firmen obiger Branche ab 14. Februar 1921 den erhöhten Lohn bezahlen. Röhrens Auskunfts wird erteilt im Bureau des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, Engelauer 15 II, Zimmer 33.

„Geht nicht nach Finnland!“

In Nr. 220 des „Vorwärts“ mahnten wir zur Vorsicht bei Stellenangeboten aus dem Auslande, wozu uns Klagen aus Finnlands Reichsdruckerei veranlaßt hatten. Dazu schreibt uns ein deutscher Maschineningenieur aus Finnland:

„Jeden Deutschen, der die Absicht hat, nach Finnland zu gehen, warne ich, denn er muß hier bittere Erniedrigungen und Enttäuschungen erleben. Er wird hier ausgenutzt, muß für geringere Löhne wie die Finnen arbeiten, man betrachtet ihn gesellschaftlich nicht als gleichberechtigt. Bessere Stellen erhält er nur in Worten, und wenn er an Ort und Stelle ist, so muß er alles hergeben, was er versteht und muß der Diener der Firmen sein. Fragt er, warum er schlechter bezahlt wird, warum er nicht die Stellung erhalten kann, die seinen Leistungen entspricht, so erhält er zur Antwort: „Weil Sie ein Deutscher sind!“ So handeln alle Firmen. Ich bin zwei Jahre im Lande und habe von allen hier arbeitenden Deutschen nur gehört, daß man sie ausnützt. Ich verlasse nächsten Monat dieses Land, da es ehrenhafter ist, in Deutschland Steine zu klopfen, als hier die Kisten aus dem Feuer zu holen und dafür über die Achsel angesehen und schlecht bezahlt zu werden.“

Doch insbesondere Sprachunkundige im Auslande die Rolle des Lohnrädlers zu spielen gezwungen sind und dadurch außer der Schädigung durch den Unternehmer der Verachtung der heimischen Arbeiter und Angestellten verfallen, ist eine alte Erfahrung. Darum nochmals: Vorsicht und genaue Erkundigung durch Vermittlung der Organisation!

Zentralverband der Angestellten. Handbrosche: Mitgliederversammlung den 4. Juni abends 8 Uhr, im „Alten Salonier“, Unterstr. 11. — D. E. D. f. Naturkunde. Sonnabend, 4. Juni, hydrobiologischer Ausflug nach dem Teufelssee (S. Wachsmann). Treffpunkt 4 Uhr 30 Min. Friedrichshagen.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Dr. Werner Beller, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Haake, Berlin, Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Unterstr. 11.

Gewinn-Auszug

17. Preuß.-Südd. (243. Preuß.) Klassen-Lotterie

1. Klasse. 20.ziehungstag. 2. Juni 1921.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Cine Gewähr. Nachdruck verboten. In der Vermittlung wurden Gewinne über 300 Mark gezogen. 6 zu 10000 M 113687 163255 191545 6 zu 5000 M 71078 84034 101439

76 zu 1000 M	2720 12140 28055 54004 49645 52148 53329 58774 68196 79027 80156 91445 94913 95491 110588 124287 182049 182778 189660 141055 142678 161555 178103 184914 184998 195786 197438 201844 204479 205817 220720 222932 224985 234670 235125 236188 237732 239507
150 zu 1000 M	5877 6484 6834 7612 6313 11773 13760 19109 20283 23467 23966 26409 27128 28257 31725 34415 35383 40774 49995 47078 49529 52340 59754 67366 58177 60995 60855 61234 66339 67019 70877 74108 84483 86600 86089 95895 97439 102925 105743 105482 109331 110277 110743 118054 121479 122335 123956 124897 128236 135722 159117 136422 139234 140198 141800 143171 143439 143742 145465 149276 160236 163932 165079 169282 182170 183054 183471 172810 177028 179279 179833 183452 191103 192439 199749 199738 201048 202386 203676 209133 217201 218000 219953 224987 226997 226750 228853 233770 239238
344 zu 500 M	3397 5719 14767 14964 16599 17739 19196 21091 23259 25262 26822 32927 33198 33548 35821 36382 37032 37587 38674 42920 43155 44714 47181 47387 48859 49292 51571 52596 53635 58334 58443 57636 57861 61160 61365 62605 67074 69455 72929 74110 78839 80439 81850 81640 82399 83963 84883 89592 93116 100943 101582 101816 109459 109143 109268 109791 110037 110446 110901 111059 111081 114183 115825 116608 118439 120539 122139 123411 128156 129439 130463 130643 137441 140783 140863 141461 143028 147813 151311 154004 168878 161137 161314 169140 166689 164285 164987 166253 169009 167025 168942 168979 171220 173700 176660 177472 178996 179751 181756 182018 182693 190449 198047 202380 207744 212881 213862 213866 214141 216090 220394 220566 223340 224644 227214 228580 230667 231229 236180 237685 237743

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 300 Mark gezogen.

6 zu 15000 M	57941 180735 224209
16 zu 5000 M	14130 46312 46577 55427 55765 134405 143135 138007 60 zu 3000 M 8379 9813 10522 17265 17517 18128 25004 33802 60412 53218 83107 84983 87644 94231 103017 115512 116045 129201 130777 137356 139376 141000 146027 160138 181495 184076 162527 165395 167450 171259 173295 173997 176481 179399 181445 203235 203436 217837 222604 235822
180 zu 1000 M	363 2186 2670 3219 4435 5663 11107 11198 11782 12864 13041 15719 16925 27640 34308 38594 38547 38244 38451 43756 45328 46501 51324 51841 52727 53781 56583 57793 58476 62965 63477 50739 73665 77396 81070 82150 83343 84928 84973 86544 87498 91863 92370 95968 98504 100049 101977 104105 109812 110058 114190 114362 117608 125645 131881 132911 146124 153084 154464 155893 159420 162235 165084 166850 166259 167265 172819 174531 175985 176440 178102 178354 178779 190052 191555 200985 202490 202942 203574 213664 219945 220156 228929 227604 228943 23020 23473 238048 238403 238698 16. zu 500 M 773 4658 9960 10050 17411 23247 24314 27883 28775 36905 24044 26036 30569 38533 38959 40911 41104 42037 43174 43339 43632 46198 46783 48465 52968 58278 58220 66494 67664 59239 61667 32944 67004 67868 68664 69180 69076 70086 71849 74082 77065 77902 78300 79239 80093 84244 86048 86866 95887 96150 101313 108484 11669 116279 117491 117924 118247 123433 128292 120206 126778 129926 134603 134839 140603 141922 142388 142573 143210 144689 146906 147209 150175 151277 162500 152839 151667 154502 16555 165836 166814 166663 171531 173846 178931 178226 176730 178073 178132 181299 181501 183616 184003 185996 192153 194218 199409 198582 200203 201317 204403 204332 204626 206886 208830 208354 208572 209305 210137 210480 211478 211875 212119 214504 116667 218551 228082 223548 223441 228239 229763 230663 232128 232819 234356 234663 236691 236265 237292 237656 239199

Wir bringen stets die billigsten Angebote!

Wäschestoffe

- Hemdentuch, 80 cm breit, in weicher Ausrüstung Mr. 5¹⁰
- Hemdentuch, starkfädig, für Herren-Hemden 5⁹⁵
- Waschbatist, 100 cm breit 6²⁵
- Rohnessel, starkfädige Qualität, unverwästlich 7⁵⁰
- Bettuchnessel, in grosser Breite, vorzüglich für Bettwätsche und Laken 15⁵⁰

Waschstoffe

- Bestickte Batiste in mittel-hellen Farben Mr. 4⁵⁰
- Waschnessel, grau, für Kinderkleidchen und Knaben-Anzüge 5⁷⁵
- Wasch-Crepon in guter Qualität 6⁵⁰
- Zephyr für Sportheimden u. Blusen, 80 cm breit 9⁵⁰
- Dirndl-Mousseline, großlumig, in schönen Farben 9⁵⁰

In der 3. Etage großer Geschirrmarkt

Sämtliche Wirtschaftsmittel zu unerhöht billigen Preisen

Warenhaus Julius Loewenberg & Co.

Swinemünder Straße 86, Ecke Lortzingstraße.

Straßenbahn: 27, 40, III, G, S, 8, 35, 36, 37, 41, 49, 99 u. Rgbhf. Gesundbrunnen.

Bezirksverb. Gr.-Berlin SPD, Neukölln Bezirk 61, Wdt. 94. Unser alter Genosse **Hermann Pohl** ist verstorben. Obes seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonnabend, 4. Juni, nach 1 1/2 Uhr, vom Neuen Jakobikirche, Hermannstraße, aus statt. 177/4. Bitte Beteiligung ersucht. Der Abteilungsleiter.

Arbeitskleidung Hosen von 45.- bis 225.- M Hemden, Unterhosen, Socken **Berufskleidung** Gute Ware! Billigste Preise! **Gerh. Kohnen** Neukölln, Hermannstr. 76-77

Neuköllner Möbel Vertrieb Ludwig Rogasner Keller-Tischstraße 50 Ecke Ankergraben FERNRUUF NEUKÖLLN 9080 **Spec. Schlafzimmer Küchen** Besuchen Sie meine Ausstellung & Preisliste

Korbmöbel kaufen Sie am billigsten das Beste bei **A. Sedau** Westküstchen für seine Korbmöbel Klempnerstr. Neukölln 1799 **Ausstellung und Verkauf nur Neukölln, Ankergrabenstr. 20**

Nutzeisen Stabeisen, Bleche, T-Träger, U-Eisen, Rohre, Ketten, Lagerböcke, Riemen scheiben, Fußstapfen usw. in verschied. Dimensionen haben abzugeben **Nutzeisenabteilung, Bln.-Neukölln** Weserstr. 35/36 — Tel. Neuk. 4170 **COHN & BORCHARDT** Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstr. 47/48 **Telegr.-Adresse „Erzcobor“.** Tel. Lichtenbg. 646-647

Dampfer-Extrajahrten ab Wannendörfer, Neu-Bühn a. B. Jeden Mittwoch **Leupold, Tornow's Dampf.** Abfahrt u. Sonntag nach **Breslau, Gwerkschiffen und Schulen** nach Dampfer billig zu vergeben. Tel.: Kier. 635. **Langwaldt & Schmolke.**

Gardinen Spezial-Verkauf in Stores, Künstler-, Madras- u. Mullgardinen. Bettdecken, Mull- u. Gardinenstickware. Besonders günstige Gelegenheitskäufe. **Franz Funck, Neukölln, Böhmische Str. 10** Gartenh. part. 7.

Kinderwagen Metallbettstellen, Polsterwaren, Steppdecken zu äußerst billigen Preisen verkauft **Schäfer, Neukölln, Hermannstr. 33.** Laden. 125Bz. Vorzeiger dieser Annonce 3 Proz. Rabatt.

Korbmöbel-Einrichtungen Werkstatt für sämtliche Korbmöbel und Reparaturen. — Besichtigung ohne Kaufzwang. **Edmund Voß, Neukölln** Berliner Str. 14. Tel.: Neukölln 2264

KORBMOBEL für Gärten, Balkone, Wohnzimmer in moderner u. dauerhafter Ausführung. Korbsessel von M. 48 an. Große Auswahl. Besichtigung erbeten. **Heinrich Kaese** Korb- und Rohrmöbelfabrik. Neukölln, Berliner Str. 89. Quergeb. part. (Kein Laden.)

Schuhhaus Falkenburg **Eröffnung** meiner Filiale **Landsberger Str. 88** **Sonnabend, den 4. Juni** :: mittags 12 Uhr :: **Meine Angebote:** **Halbschuhe für Damen** moderne kurze Form, 79.- 95.- 129.- usw. **Herren-Stiefel** in vielen Ausführungen. 78.- 98.- 129.- 139.- 169.- **Damen-Stiefel** in la Qualität **staunend billig** **Kinder-Stiefel** in weiß, schwarz und braun **in Riesen-Auswahl!** **Sandalen * Turnschuhe * Hausschuhe** extra billig **Unsere Preise erregen Aufsehen!** **Landsberger Straße 88** nahe Alexanderplatz, an der Kl. Frankfurter Str.



Wo laß ich meinen Anzug machen? Wer garantiert für guten Sitz u. Verarbeitung? **Max Motel, Schneidermeister** Neukölln, Ringbahnstraße 88 :: Tel. 909 **Lieferant für höchste Staatsbeamten. Viele Anerkennungen und Dankbriefen.** 120/2

Schlechtsitzende Korsette werden nach jeder Figur, passend unter Garantie, tadellos umgearbeitet **Reparaturen, Änderungen u. Korsettwäsche** jeglicher Art übernimmt u. führt äußerst preiswert aus **Korsettfabrik Richard Necke** 1. Geschäft: Berlin-Karlshorst, Treseker-Allee 83 2. Geschäft: Berlin-Lichtenberg, Neue Bahnhofstr. 30 3. Geschäft: Berlin, Kommandantenstr. 28 **Ecke Alte Jakobstraße** 124B

Zähne 4 M. 3.- Teilzahlung 5 J. Garant. Kronen 18 M. Plomb an lind. Umarb. schlechtsitz. Gebisse. Rep. rot. Zahnarzt W o H. Potsdamer Str. 55. Hochb. Sprechz. 9-7

Wir empfehlen zum Abonnement **Die Neue Zeit** **Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie** Preis für das Heft M. 1.30 **Jeder Parteigenosse, der sich um die Entwicklung und Klärung der Parteinteressen kümmert, sollte auch Leser der Neuen Zeit sein** Bestellungen werden von der Redaktion dieses Blattes sowie von sämtlichen Parteiposten entgegengenommen